

Tatsache eine kompensatorische Alternative zum fehlenden zwischenparteilichen Wettbewerb in „undemokratischen“ Regionen mit (praktisch) nur einer Partei? Andererseits nehmen auch in Hochburgen nur an etwa der Hälfte der Vw mehr als zwei Bewerber teil. Ein weiterer die Bewerberkonkurrenz determinierender Faktor ist offenbar die Wiederbewerbung von bisherigen Mandataren, sie beeinträchtigt den Wettbewerb; weiter: Welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang Bevölkerungsdichte, Grad der Urbanisierung, politische Kultur (auch regionale), wirtschafts-konjunkturelle Entwicklung, Intensität der Vw-Konkurrenz selbst in/zwischen den Parteien (im Hinblick auf die Hauptwahl), Qualifikation, Wahlkampfkosten und -ausgaben etc.? Zur Rolle der Parteien etwa: Wie wirken die Parteien (später: Interessengruppen), inoffiziell oder institutionalisiert, in der Phase der Rekrutierung von Kandidaten (innerhalb welcher K. fünf Modalitäten unterscheidet) und danach in der Phase der Selektion (unter den rekrutierten Kandidaten bis zur Hauptwahl) auf den Nominierungsprozeß ein? Schmälerert/steigert diese Einwirkung der Parteien/Interessengruppen den intendierten/erreichten Konkurrenz-/Demokratisierungseffekt? — Das alles wird jeweils unter Berücksichtigung der außerordentlichen Vielfalt der Vw-Typen und -regelungen der Einzelstaaten sorgfältig und wo immer möglich mit statistischer Aufarbeitung vorhandenen empirischen Materials untersucht — eine sehr eindrucksvolle Leistung. Insgesamt bejaht K. den Demokratisierungseffekt der Vw, jedenfalls im Vergleich zum Verfahren der Benennung durch Delegierte und unter amerikanischen Bedingungen. Der Frage ihrer Übertragbarkeit auf die Bundesrepublik Deutschland geht er am Schluß sehr behutsam unter Berücksichtigung relevanter struktureller, historisch-politischer, rechtlicher usw. Unterschiede nach.

Knud Krakau

CHRISTIAN EGBERT WEBER

**Die Integration eines Kontinents als Problem: Amerika, Europa.**

Berlin 1971, Duncker & Humblot, 94 S.

**Wirtschaft und Gesellschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika.**

Berlin 1961, Duncker & Humblot, 255 S.

Es handelt sich hier um zwei eigenwillige aber in ihrer Art sehr anregende Bücher. Der Verfasser, der viele Jahre in Amerika gelebt hat und ein guter Kenner der gesellschaftlichen und kulturellen Probleme und Entwicklungen der USA ist, versagt sich gängigen Einordnungen. Er distanziert sich sehr bewußt von neueren wissenschafts-theoretischen Positionen und inhaltlichen Umgewichtungen in der Analyse gesellschaftlich-historischer Entwicklungen in den USA, die er aber mit der polemisch-verkürzenden Formel „Spezialistentum und Positivismus“ doch wohl etwas unzureichend charakterisiert. Wenn schon solche Kategorien, dann würde auf W's eigene Position am besten die des konservativen Konsensus-Theoretikers passen (vgl. die „einheitliche Denkungsart“ S. 30 (1971) oder die Bezugnahme auf L. Hartz' „Liberal Tradition“ S. 33 ib., wiederholte Hinweise auf die starke Integrationskraft der amerikanischen Kultur, z. B. 43 ff. ib. usw.).

In dem insgesamt interessanteren (aktuelleren und konzentrierteren) Bande 1971 unternimmt W. einen Vergleich zwischen den USA und Europa, dessen amerikanische Seite im Bande 1961 in zahlreichen Einzelaspekten breiter ausgeführt ist, man

sollte ihn zu Fragen wie öffentliche Meinung und Familie, Eigentums- und Sozialethik, die Beziehungen der Sozialpartner, industrial relations, Sozialpolitik und soziale Sicherungen durch private Arbeits- und Tarifverträge, Rolle der Gewerkschaften u. a. m. mitheranziehen. Webers Thema 1971 ist die „Idee der Gesellschaft“ in den USA und Europa.

Ausgelöst wurde die vergleichende Frage durch die Bedrängnis, in die Europa durch die wirtschaftliche Überlegenheit Amerikas auf der einen Seite und eine aggressive Kritik aus dem europäischen Osten andererseits geraten sei. Kann Europa etwa durch Integration seine Eigenständigkeit und Identität bewahren? W's „Idee der Gesellschaft“ meint den Minimalkonsens über Normen und Wertmaßstäbe, ohne die Menschen nicht als Gesellschaft zusammenleben können. Diese Basis-Solidarität sei also nicht Überbau, sondern konstituiere erst Gesellschaft.

W. führt nun ein im wesentlichen gleiches Gliederungsschema für die Abschnitte über Amerika und Europa durch. Das Kapitel „Soziologische Voraussetzungen“ untersucht gesellschaftliche Phänomene, die in einem Einwanderungsland, das aus heterogenen ethnischen Gruppen besteht, zur Entwicklung des Grund-Konsensus oder einer starken „öffentlichen Meinung“ als Instrument der Integration beitragen. Hier verbirgt sich eine *petitio principii*: aus der Heterogenität folgt die Notwendigkeit einer Integrationskraft, sie produziert diese öffentliche Meinung mit Sanktionen gegen individuelle Abweichungen. — Zu diesen Phänomenen gehören nach W. die Puritaner-Gemeinde Neu-Englands, überhaupt die *community* und ihre Selbstverwaltung allgemein, der Wunsch nach religiöser Freiheit, das Erwerbsethos — Arbeit, Fleiß, Sparsamkeit (Max Weber), Pioniererfahrung, geographische und politische Isolierung, kurz ein Ethos mit den Grundwerten Arbeit, Initiative, Self-reliance, Freiheit, Toleranz usw.

In einem weiteren Abschnitt diskutiert W. für Amerika und Europa jeweils „sozialphilosophische Strömungen“, die im Zusammenhang mit den vorerwähnten Grundbedingungen die gesellschaftliche Solidarität und damit Gesellschaft überhaupt hervorbringen. Hervorgehoben wird hier insbesondere der Puritanismus und seine Folgen à la Max Weber für die Entwicklungen der bürgerlichen Kultur und kapitalistischen Unternehmenswirtschaft: die besondere Dignität, die er dem Wettbewerb, Erfolg (vgl. dazu die Franklin'schen Tugenden) als moralische Kategorien verleiht und entscheidend dazu beiträgt, daß die bürgerlich-kapitalistische Produktionsweise unter Verwendung der an sich europäischen „Erfindungen“ doppelter Buchführung und des „Marktes“ nicht nur für die Produkte, sondern auch die Produktionsvoraussetzungen (Arbeit) sich in Amerika leichter durchsetzen konnte als in Europa. Emerson („Er wirkte um die Mitte des vorigen Jahrhunderts besonders.“ — S. 20 — sic!) und Sumner tragen diese Ideen bis ins 20. Jahrhundert. Zu den prägenden Traditionen gehört weiter die Aufklärung — Vernunft als objektive Ordnung der Dinge (der Markt), in die (etwa vom Staat) nicht eingegriffen werden dürfe. Das dritte Element ist das Erbe Ockhams als Sieger der Nominalisten im mittelalterlichen Universalienstreit: das Individuelle, Einmalige. — Die Vermittlung dieser z. T. ja sehr widersprüchlichen Traditionen bleibt etwas unklar, auch ergeben sich Wiederholungen (z. B. S. 22, 70 zum Universalienproblem). — Besonders interessant sind die Ausführungen zur amerikanischen Konzeption von Recht, Grundrechten, Staat usw. W. sieht in ihr eine Verbindung der von der Aufklärung vermittelten Naturrechtstradition (Recht ableitbar aus der Vernunft, nicht geschichtlich geworden) mit der den Inhalt des Rechtes

verwandelnden individualistischen Tradition des Nominalismus. Kurz verdeutlicht etwa so: der Geltungsgrund des Rechtes ist naturrechtliche objektive Vernunft, sein Inhalt aber sind nicht objektive Ordnungen, sondern subjektive Freiheitsrechte des einzelnen Menschen. Der Staat und seine Institutionen sind ausschließlich Instrumente zu deren Schutz. Die englischen bills of rights hätten ihren Geltungsgrund in ihrer konkreten Geschichtlichkeit als Freiheitsrechte, die den Herrschern im politischen Kampf abgetrotzt wurden, die amerikanischen in übergeschichtlichen Vernunftwahrheiten (Paine, Jefferson). So bestechend und elegant nun diese Konzeption auch ist, sie vernachlässigt ihrerseits die konkrete geschichtliche Dimension der amerikanischen Erfahrung, die 150 Jahre politischer Geschichte, das Wachsen von Rechtstradition, lokaler und provinzieller Selbstverwaltung usw. vor 1776, die Rolle der Entwicklung von konkreten, und zwar sehr stark natürlich englisch geprägten (Freiheits-)Rechten und ihre reale Gefährdung in der Zeit nach 1765 einerseits, die sehr stark zeitbedingte rhetorische Funktion (als „Form des amerikanischen Geistes“ — Voegelin) der naturrechtlichen Argumentation in Amerika andererseits. Die Bedeutung von Naturrecht, Aufklärung usw. soll überhaupt nicht gelehnet werden (man lese nur wieder C. Becker u. a.), aber die Synthese dieser heterogenen Traditionen ist offenbar noch komplizierter als es Webers Auflösung bei allem Respekt für diese gedankliche Leistung vermuten läßt<sup>1</sup>.

Diese „Ideengehalte“ der amerikanischen Gesellschaft hätten neben wirtschaftlichen Bedingungen und Entwicklungen zu einem der wichtigsten Unterschiede zwischen USA und Europa geführt: daß sich in Amerika angeblich keine Klassengegensätze herausgebildet hätten, daß die amerikanische Arbeiterbewegung u. a. aus diesem individualistischen Rechtsbewußtsein heraus nicht für Klassensolidarität, sondern daß die Gewerkschaften für die soziale Sicherung ihrer Mitglieder kämpften, die auch heute noch mehr durch vertragliche privatrechtliche Mittel als durch Gesetzgebung erreicht werde (vgl. insbes. hierzu auch 1961, Kap. 9—14). Hieran knüpft sich dann im Kapitel „Soziologische Wandlungen“ die merkwürdig überholte und an Schattenboxen gemahnende Frage, ob die Entwicklung des Interventionsstaates in den USA nach 1935 (vgl. das Kapitel „Die amerikanische Wirtschaftsentwicklung“) sowie das wachsende Auseinanderfallen von Aktienbesitz und Kontrolle (Management) im amerikanischen Industriekapital den Beginn des Überganges zum Sozialismus signalisiere (das beschäftigt W. an mehreren Stellen des Buches). Die nicht gerade überraschende Antwort: Nein, es handle sich hier vielmehr um Wandlungen der kapitalistischen Wirtschaft, was dem Verfasser (der sich an dieser Stelle nach seinem Begriff von Sozialismus fragen lassen muß), weil er sich seiner Sache aber offenbar doch nicht so ganz sicher ist, zugleich Anlaß gibt, noch einmal teils schon behandelte, teils noch weitere Aspekte der amerikanischen Kultur zu diskutieren, die eine stark integrierende (Konsensus!) Wirkung auf die amerikanische Gesellschaft ausüben. (Man hat mehrfach den Eindruck, daß es sich um separat geschriebene Essays handelt, die bei der Edition mangelhaft koordiniert wurden, so bei der Wiederholung der Universalien- oder Sozialismus- oder Rechtsdiskussion).

<sup>1</sup> Vgl. dazu etwa Gerald Stourzh: *The American Revolution, Modern Constitutionalism, and the Protection of Human Rights*, in: *Truth and Tragedy. A Tribute to Hans J. Morgenthau*, ed. by K. Thompson et al. (Washington D. C. 1977), S. 162—176; Hermann Wellenreuther: „The Wisdom to Secure the Entire Absolute and Immediate Dependency of the Colonies“: Überlegungen zum Verhältnis zwischen der Krone und den englischen Kolonien in Nordamerika, 1689—1776, in: H.-U. Wehler (Hrsg.): *200 Jahre amerikanische Revolution und moderne Revolutionsforschung* (Göttingen 1976), S. 59—75.

Der europäische Kontrast zu den amerikanischen gesellschaftlichen Grundbedingungen ist überzeugend skizziert. Der entspr. Abschnitt über die europäischen „Sozialphilosophischen Ideen“ muß aber schwere Bedenken wecken: W. baut hier einen Türken auf, indem er außer Rousseau und Marx (dieser immerhin geht in seiner Wirksamkeit weit über den deutschen Bereich hinaus) ausführlich die deutsche idealistische Philosophie und die deutsche Romantik (Adam Müller) mit ihren Beiträgen zum Problem der Rechts- und Freiheitsrechte, Vernunft und Freiheit, Kollektivismus u. a. m. darstellt und diesen Gegensatz zu Amerika hervorhebt, was natürlich leicht zu bewerkstelligen ist. Weniger überzeugend die Gleichsetzung dieser Strömungen mit Europa schlechthin. Daß diese Gleichung falsch ist, ist ja doch gerade wesentlicher Bestandteil des europäisch-deutschen Problems.

Im Hinblick auf die europäische Integration stellt W. aber dann die wichtige und oft vernachlässigte Frage nach der Lage des einzelnen Menschen im Integrationsprozeß. Er müsse sich aus den ethnischen/nationalistischen und ständischen/klassenbedingten Bindungen lösen — eine deutlich auf amerikanische Erfahrungen zurückgehende Erkenntnis. Die abschließenden vergleichenden Betrachtungen sind im Grunde nicht sehr ergiebig, es werden im wesentlichen Unterschiede der „Denkungsart“ zusammenfassend und wiederholend erläutert. Lediglich der Hinweis, daß politische und soziale Integration sich unterscheiden lassen, könnte weiterführen. Die Studien von Weber sind, zusammengenommen, außerordentlich kenntnisreich, vermitteln oft überraschende Einsichten, hinterlassen aus den ange deuteten Gründen aber auch oft einen zwiespältigen Eindruck. Die intellektuell elegante Auflösung von Widersprüchen entbehrt zugleich der historischen Überzeugungskraft. Mit diesen Einschränkungen anregende Lektüre.

Knud Krakau